



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Saarland

Pressemitteilung

Streichung des Kindersofortzuschlags wäre Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern

Berlin/Saarbrücken, 12.10.2026. Die geplante Streichung des Kindersofortzuschlags für Familien, die Kinderzuschlag beziehen, ist am heutigen Montag Thema einer Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestags. Die Bundesregierung will die Streichung des Sofortzuschlags von 25 Euro pro Monat und Kind im Haushaltsgesetz 2027 festschreiben. Von der Streichung des Kindersofortzuschlags wären rund 1,45 Millionen Kinder betroffen, die Anspruch auf den Kinderzuschlag haben. Der Sofortzuschlag war im Zuge der Beratungen über eine Kindergrundsicherung eingeführt worden.

Aus Sicht des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG ist die Streichung der falsche Weg, denn der Betrag ist eine wichtige Unterstützungsleistung für Familien mit geringem Einkommen.

Florian Westphal, Geschäftsführer von Save the Children Deutschland und Sprecher des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG kommentiert:

„Obwohl die Inflation steigt und die hohen Lebenshaltungskosten schon jetzt viele Familien über ihre Belastungsgrenzen bringen, möchte die Bundesregierung diese wichtige Zusatzleistung streichen. Das ist Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern. Armutsbetroffene und armutsgefährdete Familien wissen schon jetzt nicht, wie sie grundlegende Bedürfnisse und gesellschaftliche Teilhabe ihrer Kinder bezahlen sollen. Die Folgen finanzieller Not spüren die Kinder in Form von Stress, Sorgen und sozialer Ausgrenzung. Einen ersatzlosen Wegfall des Kindersofortzuschlags lehnen wir als Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG ab. Denn 25 Euro können am Ende des Monats den Unterschied machen, ob das Geld noch für den Ausflug oder ein gesundes Pausenbrot ausreicht. Die Förderung von Kindern sollte für die Bundesregierung und den Bundestag Priorität haben. Das zahlt sich auch langfristig für unsere Gesellschaft und Wirtschaft aus. Investitionen in das bestmögliche Aufwachsen von Kindern sind elementare Zukunftsinvestitionen.“

Daniel Grein, Bundesgeschäftsführer des Kinderschutzbundes und Koordinator des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG:

„Kinder und ihre Familien stehen unter einem enormen finanziellen Druck. Doch statt sie zu entlasten, plant die Bundesregierung weitere Einschnitte bei Familienleistungen. Neben dem Kindersofortzuschlag stehen auch Kürzungen beim Wohngeld und beim Unterhaltsvorschuss

für Alleinerziehende im Raum. Gerade Familien mit geringem Einkommen drohen damit gleich mehrere finanzielle Belastungen. Das ist ein fatales Signal an Eltern, aber auch an Kinder und Jugendliche: Ihre Bedürfnisse, ihre Chancen und ihr gutes Aufwachsen haben politisch offenbar keine Priorität. Dabei brauchen wir genau das Gegenteil: eine grundlegende Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums, die sich daran orientiert, was Kinder für ein gutes Aufwachsen und gesellschaftliche Teilhabe tatsächlich benötigen. Und wir brauchen endlich eine echte Kindergrundsicherung, die Kinder wirksam vor Armut schützt, statt ihnen Stück für Stück finanzielle Unterstützung zu entziehen.“

Stefan Behr, Vorsitzender des Kinderschutzbundes Landesverband Saarland e.V.:

„Kinderarmut lässt sich nicht wegekürzen. Die 25 Euro Kindersofortzuschlag machen für Familien mit geringem Einkommen einen spürbaren Unterschied im Alltag. Wer diese Unterstützung streicht, nimmt Kindern und ihren Familien ein Stück dringend benötigter Sicherheit und Teilhabe. Statt Leistungen für armutsbetroffene Kinder zu kürzen, muss die Politik dafür Sorge tragen, dass jedes Kind unabhängig von der finanziellen Situation seiner Eltern gute Chancen auf ein gesundes und unbeschwertes Aufwachsen erhält. Kinder und Familien mit geringem Einkommen brauchen finanzielle Sicherheit und verlässliche Unterstützung, statt weitere Einschnitte hinnehmen zu müssen.“

Das Bündnis Kindergrundsicherung macht sich seit 2009 mit einer wachsenden Zahl von Mitgliedsverbänden für eine echte Kindergrundsicherung stark. Dabei sollen möglichst viele Leistungen gebündelt, automatisiert sowie in ausreichender Höhe ausgezahlt werden.

Weitere Infos zum Bündnis Kindergrundsicherung finden Sie hier: www.kinderarmut-hat-folgen.de

Pressekontakt:

Der Kinderschutzbund Bundesverband, Juliane Wlodarczak (Pressesprecherin) 030-214809-20 und presse@dksb.de

Save the Children Deutschland, Susanne Sawadogo (Medienreferentin)
030-27595979-120, susanne.sawadogo@savethechildren.de

Der Kinderschutzbund Landesverband Saarland e.V.

Saargemünder Str. 99
66119 Saarbrücken

Pressekontakt: Anika Schulz

Telefon: 0151 – 61092498

Mail: presse@kinderschutzbund-saarland.de
www.kinderschutzbund-saarland.de

Der Kinderschutzbund (DKSB), gegründet 1953, ist mit 50.000 Einzelmitgliedern in über 400 Orts- und Kreisverbänden die bundesweit größte Kinderschutz-organisation. Der Verband setzt sich für die Rechte und Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie für Veränderungen in Politik und Gesellschaft ein.